

## Kolumne Nr. 33/2021

### Schatten und Licht für den Arbeitsmarkt durch SPD-Vorschläge

Vor der Bundestagswahl kommen beruhigende Nachrichten vom Arbeitsmarkt: Fast wieder 45 Millionen Beschäftigte, fast 800.000 offene Stellen, wieder deutlich mehr als 6 Millionen Minijobber (+500.000 seit Jahresbeginn) und „nur“ etwa 2,5 Millionen Arbeitslose (weit weg von der Drei Millionen-Schwelle).

Richtig ist aber auch: Immer noch gut 1,5 Millionen Menschen beziehen Kurzarbeitergeld (Höchststand: fast sechs Millionen); die Zahl der Langzeitarbeitslosen liegt wieder über einer Million; die auf Drängen der SPD eingeführte Rente mit 63 wurde von weit über einer Million Menschen, darunter vielen erfahrenen Fachkräften, in Anspruch genommen; die Zahl qualifizierter Zuwanderer aus Nicht-EU Staaten (Blaue Karte) ist mit weit unter 50.000 verschwindend gering.

Im Bundestagswahlkampf kündigen sich Gefahren für den Arbeitsmarkt durch einige SPD-Vorschläge an. Der Zuwachs an Minijobs wird kritisch gesehen, weil sie keine vollwertige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind. Dabei bieten Minijobs insbesondere für Schüler, Studierende und Rentner eine gute Gelegenheit für Zusatzverdienste. Für Arbeitgeber sind Minijobs attraktiv, auch wenn der bürokratische Aufwand trotz Unterstützung durch die Minijobzentrale weiterhin hoch ist. Minijobs haben sich in Deutschland bewährt. Fehlanreize, die zu Minijobs statt Überstunden beim selben Arbeitgeber im Niedriglohnsektor führen, lassen sich korrigieren, doch die Abschaffung der Minijobs (bis auf wenige Ausnahmen) ist der falsche Schritt.

Auch die SPD-Ankündigung eines gesetzlichen Mindestlohns von 12 € je Stunde ist zwar populär, aber verbessert die Einkommens- und Lebenssituation der Geringverdiener nicht wirklich. Stattdessen ist mit weiterer Arbeitsverdichtung und Jobvernichtung durch Automatisierung im Bereich geringqualifizierter Arbeit zu rechnen, soweit sich diese Lohnerhöhungen nicht auf die Preise überwälzen lassen. Würden jedoch die Preise steigen, so könnte die Kaufkraft dank Inflation unter dem Strich nur minimal steigen.

Viel wichtiger wäre es die Weiterbildung in den Arbeitsalltag zu integrieren, damit die Menschen durch Qualifizierung die Lohnleiter hinaufklettern können. Der gewerkschaftlich inspirierte SPD-Vorschlag, das Kurzarbeitergeld für die Weiterbildung auszubauen (Transformations-Kurzarbeitergeld), weist in die richtige Richtung.

*Prof. Dr. habil. Alexander Spermann ist Arbeitsmarktexperte und lehrt Volkswirtschaftslehre an der FOM Hochschule für Erwerbstätige in Köln sowie an der Universität Freiburg.*